

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Bergungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der langandauernde Krieg lastet schwer auf allen Völkern, die Opfer sind gewaltig, und an die Spannkraft des einzelnen im Felde und daheim werden hohe Anforderungen gestellt. Da ist es nur zu begreifen, daß Mißmut und Unzufriedenheit ausgelöst werden.

Diese Stimmung wird leider in unverantwortlicher Weise von einzelnen Leuten mißbraucht, die die Arbeiterschaft verlocken wollen, zu Mitteln zu greifen, die nicht im geringsten geeignet sind, die Last zu erleichtern, wohl aber den Druck zu steigern.

In anonymen Flugblättern, die im Laufe der letzten Monate in Partei- und Gewerkschaftskreisen verbreitet wurden, wird versucht, Haß und Mißtrauen gegen die von den Arbeitern selbst gewählten Vertrauensleute zu säen. Gegen Männer, die seit vielen Jahren an der Spitze der Organisation der deutschen Arbeiterklasse stehen, wird der Vorwurf erhoben, daß sie die sozialistischen Grundsätze preisgeben, die Beschlüsse deutscher Parteitage und internationaler Kongresse mißachten, Parteiverrat betreiben und anderes mehr.

Diese Verächtlichkeiten und wüsten Schimpfereien könnte man unbeachtet lassen, wenn nicht zugleich die Arbeiterschaft zu unbesonnenen Handlungen aufgefordert und gewissenlos die Propaganda für Streiks und Massenaaktionen betrieben würde, für die die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei jede Verantwortung ablehnen müssen. Durch die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages vom Jahre 1906 ist ausdrücklich die Vereinbarung mit den Gewerkschaften getroffen, daß bei politischen Massenaaktionen vorher eine Verständigung und Beratung mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erfolgen muß. Wir konstatieren ausdrücklich, daß die Sozialdemokratische Partei und die Leitung der Gewerkschaftsbewegung mit dieser Propaganda nichts gemein hat; sie ist das Werk einzelner. Wohin soll es führen, wenn die Arbeiterschaft Aktionen unternimmt, die von Unberufenen auf eigene Faust und zwecklos eingeleitet sind? Die Folgen solcher unbesonnenen Handlungsweise müßte jeder einzelne tragen; denn weder die Partei noch die Gewerkschaften könnten hier mit Unterstützungen eingreifen.

Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, die Arbeiterschaft vor dem Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Protest- und Generalstreikapostel nachdrücklich zu warnen.

Die Einleitung von Lohnbewegungen und Streiks ist Aufgabe der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen; sie tun zurzeit alles, um den berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder Nachdruck zu verleihen.

In der Lebensmittelversorgung bestehen außerordentliche Schwierigkeiten; wir haben nicht unterlassen, mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln die hier auftretenden Mißstände zu bekämpfen. Aunagefesselt sind wir bemüht gewesen, die Leistungen der Fürsorge für die Arbeitslosen, die Kriegerfrauen, die Witwen und Invaliden zu verbessern. Ablehnen müssen wir indes, Mittel in Anwendung zu bringen, denen von vornherein jeder Erfolg versagt ist. Deshalb haben wir auch sofort nach der Verkündigung des Kriegszustandes vor unüberlegtem Handeln gewarnt unter ausdrücklichem Hinweis auf die im Kriege geltenden Strafbestimmungen. Diese Warnung erneuern wir heute, wo mehr denn je kaltes Blut und ruhige Besonnenheit am Platze ist.

Gerade jetzt, wo an allen Fronten unsere Brüder im Waffenrock unter unsäglichen Opfern dem gewaltigen Ansturm der gegnerischen Massenheere standhalten müssen, wo kurz vor der Ernte die Lebensmittelversorgung die größten Schwierigkeiten bereitet, müßte jede unbesonnene Aktion verhängnisvoll wirken und vor allem die Arbeiterklasse selbst am schwersten treffen.

Wie bisher, so muß auch im Kriege die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse aufrechterhalten werden. Das war die Stärke der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, und diese wollen wir uns auch für die Arbeit nach dem Kriege erhalten. Wenn es Ernst ist mit der deutschen Arbeiterbewegung, der weise diejenigen, die die Arbeiter zu törichtigen Handlungen verleiten wollen, mit aller Entschiedenheit zurück. Wer das putschistische Treiben einzelner, jedes Verantwortlichkeitsgefühls harter Personen mitmacht oder andere dafür zu gewinnen sucht, der dient weder der Arbeiterbewegung noch der Sache des Friedens, sondern trägt eher zur Verlängerung des Krieges bei.

Unsere wichtigste Aufgabe ist aber die baldige Herbeiführung des Friedens. Dieser großen Pflicht sind sich die berufenen Körperschaften der Arbeiterbewegung bewußt und sind unermüdet bestrebt, sie zu erfüllen.

Arbeiter, steht treu zu euren Organisationen und weist alle Spaltplättchen zurück!

Berlin, den 25. Juli 1916.

Der Parteivorstand.

Die Generalkommission
der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise.

Die Steigerung der Preise für die Lebensbedürfnisse ist ein Uebel, das wir fortwährend schmerzlich empfinden. Seit Kriegsausbruch sind manche Waren um das Vielfache im Preise gestiegen, bei anderen ist der Aufschlag geringer. Auf Grund solcher Einzeltatsachen läßt sich aber nicht ohne weiteres ein Schluß auf das wahre Maß der Verteuerung der Lebenshaltung ziehen. Dazu muß man wissen, welche Rolle der einzelne Artikel in der Wirtschaftsführung spielt. Der Wirtschaftsstatistiker Richard Calwer legt seinen Berechnungen über den Lebensmittelaufwand die wöchentliche Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten zugrunde, die sich folgendermaßen zusammensetzt:

800 Gramm Rindfleisch	3000 Gramm Kartoffeln
750 " Schweinefleisch	5250 " Brot
800 " Hammelfleisch	455 " Butter
150 " Reis	340 " Zucker
300 " Bohnen	106 " Salz
300 " Erbsen	105 " Kaffee
500 " Weizenmehl	21 " Tee
200 " Backpflaumen	0,11 Liter Essig

Das sind Nahrungsmittelmengen, die sich der Arbeiter auch in Friedenszeiten nicht leisten kann. Für die Preisberechnung kommt das aber wenig in Betracht. Bei ihnen handelt es sich darum, einen Anhalt zu gewinnen zur Verteilung der Preisschwankungen. Calwer geht bei seinen Berechnungen des Lebensmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie davon aus, daß der Verbrauch der dreifachen Ration eines Marinesoldaten entspricht. Auf Grund der Marktpreise in etwa 200 Städten aus dem ganzen Reich berechnet er die durchschnittlichen Lebensmittelpreise für eine Familie an jedem dieser Orte, und die gewonnenen Ergebnisse bilden die Grundlage für die Berechnung des Durchschnittspreises der Lebensmittel im ganzen Reich.

Die gewonnenen Zahlen müssen also mit Vorsicht gewertet werden. Jetzt während des Krieges werden die angegebenen Mengen bei weitem nicht verbraucht. Fleisch, Mehl, Kartoffeln, Brot, Butter, Zucker sind rationiert, und die auf die Person entfallende Menge bildet nur einen Bruchteil dessen, was im Frieden für die Ernährung eines Marinesoldaten als notwendig erachtet wurde. Nebenbei bemerkt, ein Beweis dafür, wie sehr die Ernährung der Bevölkerung Not leidet. Andere Nahrungsmittel aus dem Speisezettel des Marinesoldaten, wie Reis und Hülsenfrüchte, sind an vielen Orten fast völlig vom Markt verschwunden. Die Ernährung des Arbeiters weicht also erheblich von der des Marinesoldaten ab. Aber trotzdem darf der Wert der Calwerschen Berechnungen nicht unterschätzt werden, denn sie bilden zurzeit das einzige Mittel, an dem man die Einwirkung der Preissteigerung auf die Haushaltungskosten studieren kann.

Die letzterschienene Uebersicht über die Gestaltung der Lebensmittelpreise bezieht sich auf den Monat Mai, und sie bringt wieder die gewohnte Steigerung, wenn sie auch nicht ganz so bedeutend war wie die im Vormonat. Die Entwicklung der Lebensmittelpreise in den einzelnen Monaten vom Jahre 1913 ab ergibt sich aus der folgenden Uebersicht:

Monat	1913	1914	1915	1916
Januar	26,01	25,27	29,65	41,26
Februar	25,86	25,29	31,49	43,40
März	25,83	25,08	32,90	43,40
April	25,61	24,96	34,41	51,95
Mai	25,43	24,70	36,49	52,23
Juni	25,35	24,73	37,36	—
Juli	25,88	25,12	38,16	—
August	25,83	26,44	39,13	—
September	25,78	26,14	39,93	—
Oktober	25,73	27,09	41,90	—
November	25,58	27,86	38,86	—
Dezember	25,46	28,74	39,33	—

Im Januar 1913 betragen die Lebensmittelpreise im Durchschnitt des Deutschen Reiches 26,01 Mk. Dann folgt ein langsamer Rückgang, der bis zum Juni anhält. Auf die im Juli eingetretene Steigerung folgt alsbald ein erneuter Rückgang, der mit unbedeutenden Schwankungen bis zum Juni 1914 fort dauert. Im Juli 1914 tritt wieder eine Steigerung ein, die aber nun, erst langsam, dann aber immer stärker fortschreitet. Im November 1915 wird die aufsteigende Kurve plötzlich unterbrochen, die durch die Statistik angezeigte Verbilligung der Lebensmittelpreise ist aber nur scheinbar. Sie wurde bewirkt durch die damals festgesetzten Höchstpreise für Schweinefleisch und Butter, welche die Wirkung hatten, daß diese Waren fast völlig vom Markt verschwanden. Im Jahre 1916 bringt wieder jeder Monat eine kräftige Steigerung gegen den vorherigen, und leider ist, wie die bisherigen Erfahrungen lehren, der Höhepunkt der Steigerung noch nicht erklimmen.

Die Preissteigerung der Lebensmittel wird an allen Städten schwer empfunden, sie ist aber nicht überall gleich stark. Nachstehend geben wir eine Uebersicht über die wöchent-

lichen Lebensmittelpreise im Monat Mai der letzten drei Jahre an den Vororten unserer Gauen.

	Wöchentlicher Lebensmittelaufwand im Monat Mai			Steigerung von 1914 bis 1916	
	1914 Mk.	1915 Mk.	1916 Mk.	Mk.	Prozent
Danzig	23,49	32,79	41,13	17,64	75,1
Stettin	24,81	38,10	54,21	29,40	118,5
Breslau	23,34	35,44	44,01	20,67	88,6
Berlin	23,85	38,01	54,81	30,96	129,8
Dresden	25,01	39,98	58,94	28,93	115,7
Leipzig	24,25	37,85	51,03	26,78	110,4
Erfurt	24,57	36,09	53,88	29,31	119,3
Magdeburg	25,86	37,62	53,07	27,21	105,2
Hamburg	23,46	38,37	48,33	24,87	106,0
Hannover	24,48	37,20	64,90	30,42	124,3
Düsseldorf	26,46	39,30	56,46	30,00	113,4
Frankfurt a. M.	24,00	36,00	53,43	29,43	122,6
Mürnberg	25,23	33,36	47,88	22,65	89,8
München	25,56	35,52	48,87	23,31	91,2
Stuttgart	24,03	33,96	42,63	18,60	77,4
Reichsdurchschnitt	24,70	36,49	52,23	27,53	111,5

Im Durchschnitt des Deutschen Reiches ist der wöchentliche Lebensmittelaufwand vom Mai 1914 bis Mai 1916 von 27,40 Mk. auf 52,23 Mk. gestiegen. Das ist eine Steigerung um 27,53 Mk. oder um 111,5 Prozent. In einigen Städten in unserer Zusammenstellung bleibt die Steigerung hinter dem Reichsdurchschnitt zurück, aber sie beträgt nirgends weniger als 75 Prozent. An manchen Orten wird jedoch der Reichsdurchschnitt ganz beträchtlich überschritten. So beträgt die Steigerung in Hannover 124,3 Prozent, in Berlin gar 129,8 Prozent.

Aus den oben angeführten Gründen läßt sich der wirkliche Lebensmittelbedarf aus den absoluten Zahlen nicht ohne weiteres ablesen, dagegen zeigen die relativen Zahlen ziemlich deutlich, in welchem Maße die Kosten des Lebensunterhalts seit dem Ausbruch des Krieges gestiegen sind. Angesichts der immer schwieriger werdenden Lage haben die Arbeiter ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß recht bald mit dem Abbau der Lebensmittelpreise begonnen wird. In der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ betont Dr. August Müller, Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes, daß man nicht unter allen Umständen niedrige Preise verlangen kann, weil auf manchen Gebieten und für manche Waren unter den heutigen Verhältnissen höhere Preise als im Frieden die Voraussetzung dafür sind, daß sie überhaupt in einigermaßen ausreichender Menge hergestellt und geliefert werden können. Es scheint ihm viel wichtiger, man prüft die Frage, wie die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung dem Preisstand anzupassen sind, anstatt unter allen Umständen einen geringen Preis zu verlangen, der nach tauftausendfältiger Erfahrung nur zu leicht dazu führt, daß die Ware vom Markt verschwindet.

Wir sind der Meinung, daß man das eine tun kann, ohne das andere zu lassen. Das Anpassen der Einkommensverhältnisse an den Preisstand ist viel leichter gesagt als getan. Man begegnet bei der Erörterung der Einkommensverhältnisse der Arbeiter sehr häufig der Auffassung, daß die verhältnismäßig hohen Löhne gewisser Schichten von Munitionsarbeitern als maßgebend für das Lohnniveau der gesamten Arbeiterschaft betrachtet werden. Nichts ist irriger als diese Auffassung. Es gibt sehr viele Arbeiter in Deutschland, und darunter auch viele Holzarbeiter, die noch mit den Löhnen abgefunden werden, wie sie vor dem Kriege gezahlt wurden. Ganz zu schweigen von den Frauen und Witwen der Kriegsteilnehmer und den bemitteleidenden Invaliden der Arbeit, die auf die an und für sich schon so lärgliche Unfall- oder Invalidenrente angewiesen sind und nun vollends dem Elend verfallen.

Die Einkommensverhältnisse der Arbeiter müssen den Preisen der Lebensbedürfnisse angepaßt werden. Gewiß! Aber welche unangenehmen Schwierigkeiten haben unsere Kollegen zu überwinden, um auch nur eine zehnprozentige Teuerungszulage herauszuschlagen. Der Unternehmer, der den Lohn um 20 oder 25 Prozent erhöht, fühlt sich schon als Wohltäter höheren Grades, und dabei zeigt die Statistik über die Lebensmittelpreise, daß der Lohn gegenüber dem vor dem Kriege gezahlten mindestens verdoppelt werden müßte, um einen annähernden Ausgleich zu den Lebensmittelpreisen zu schaffen.

Die Löhne müssen erhöht werden! Die Bewegung zur Erlangung von Teuerungszulagen muß mit dem größten Nachdruck fortgesetzt werden. Aber daneben müssen wir auch entschieden den Abbau der Lebensmittelpreise fordern. Wir wissen nicht, wie lange der Krieg noch dauern wird, und die Gestaltung der Dinge nach dem Kriege läßt sich schwer übersehen. Zum mindesten in der ersten Zeit nach dem Friedensschluß werden wir keine Teure bekommen. Nach allen Erfahrungen muß davon gerechnet werden, daß die Unternehmer das Wiederanstreben von Arbeitskräften als Anlaß benutzen werden, die Löhne zu drücken. Die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften wird

dann auf eine harte Probe gestellt werden. Auf der andern Seite ist es aber sehr fraglich, ob die Lebensmittelpreise nach dem Kriege mit der erforderlichen Schnelligkeit sinken werden, wenn nicht jetzt schon mit aller Kraft auf den Abbau der übertriebenen Preise hingearbeitet wird.

Dem Kriegsernährungsamt muß gefordert werden, daß es nachdrücklich die Herabsetzung der Lebensmittelpreise betreibt. Uns aber obliegt die Aufgabe, mit aller Kraft den notwendigen Lohnausgleich anzustreben. Was bisher an Steuerungszulagen erzielt wurde, ist unzureichend, die furchtbare Teuerung zwingt uns, unablässig auf die Steigerung der Löhne hinzuwirken.

Das Jubiläum des Metallarbeiter-Verbandes.

Die größte Gewerkschaft, nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt, blickt auf ein 25jähriges Bestehen zurück. Ein Ereignis, das die gesamte Arbeiterschaft interessiert. Wir als Holzarbeiter haben um so mehr Anlaß, dieses Ereignisses in der Geschichte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu gedenken, als wir stets gute Beziehungen zu der befreundeten Organisation unterhalten haben. Nicht nur umschließt uns das gemeinsame Band, welches die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Verbände miteinander verknüpft, auch darüber hinaus hat zwischen den Vertretern der Organisationen an den verschiedenen Orten, und besonders zwischen den Zentralvorständen, stets ein herzliches Verhältnis bestanden, welches durch das langjährige Zusammenwirken am gleichen Ort — Stuttgart, wo der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes seit der Gründung seinen Sitz hat, war bis zum Jahre 1908 auch der Sitz des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes — nur getrübt wurde.

Dieses gute Verhältnis konnte auch durch Meinungsverschiedenheiten über diese und jene Einzelfrage nicht gestört werden. So steht der Metallarbeiter-Verband grundsätzlich auf dem Boden der Betriebsorganisation, er will alle in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Personen umfassen. Nach der Auffassung der Gewerkschaftskongresse, die sich mit der unseres Verbandes deckt, soll aber nicht der Betrieb, in dem der einzelne beschäftigt ist, sondern der Beruf, den er ausübt, das entscheidende Merkmal für die Organisationszugehörigkeit sein. Der Metallarbeiter-Verband hat sich in lokaler Weise den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse gefügt; wenn es da und dort trotzdem zu „Grenzstreitigkeiten“ kam, wurden sie stets in freundschaftlicher Weise beigelegt.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist das Muster eines Industrieverbandes. Er umfaßt Arbeiter, deren Berufstätigkeit die allergrößten Unterschiede aufweisen und nur das gemeinsame haben, daß sie Metall in irgendeiner Gestalt verarbeiten. Ähnlich unserem Holzarbeiter-Verband ist auch der Metallarbeiter-Verband durch die Verschmelzung verschiedener Berufsorganisationen entstanden, aber diese Verschmelzung war nur nach Überwindung großer Schwierigkeiten zu erzielen. Nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes, welches mit den übrigen damals bestehenden Gewerkschaften auch die Organisation der Metallarbeiter vernichtete, machte sich nach kurzer Ruhepause doch wieder der Drang der Arbeiterschaft zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß bemerklich. Bei der Gründung lokaler Fachvereine, die anfangs allein in Betracht kam, lag es nahe, die Arbeiter zunächst berufsweise zu organisieren. Nicht nur, daß die Branchenorganisation eine größere Anziehungskraft auf die Arbeiter ausübte, diese Form der Organisation entsprach auch im allgemeinen dem damaligen Stande der Industrie. Als später sich die Bestrebungen zur Bildung von Zentralvereinen geltend machten, ging es nicht ohne heftige innere Kämpfe ab, die jedoch hauptsächlich um die Frage ausgefochten wurden, ob der Zentralverband oder der Lokalverein die bessere Form der Organisation sei. Bei den Metallarbeitern wurde diese Frage noch kompliziert durch das Hinzutreten der Frage, ob der Industrieverband oder die Branchenorganisation vorzuziehen sei.

Die Metallindustrie stand in jener Zeit am Beginn einer Entwicklung, deren Resultate heute offen zutage liegen, die aber damals von der Masse der Arbeiter noch nicht geahnt wurden. Wenn man heute die riesigen Unternehmungen der Metall- und Maschinenindustrie betrachtet, die Arbeiter der verschiedenartigsten Berufe und dazu Angehörige in gewaltiger Zahl umfassen, dann leuchtet es ohne weiteres ein, daß einem Unternehmertum gegenüber, das über die Kleinstbetriebe gebietet und selbst auf das engste in strengen Organisationen zusammengefaßt ist, nur eine ebenso streng organisierte Arbeiterschaft etwas erreichen kann. Damals, zu Beginn der achtziger Jahre, war jedoch diese Erkenntnis durchaus nicht Gemeingut der Metallarbeiter. Sie zu verbreiten, war eine der Aufgaben der im Jahre 1883 ins Leben getretenen „Metallarbeiter-Zeitung“, deren Redakteur, Johann Scherrn, von der Gründung an bis heute ununterbrochen an seinem Posten steht und unablässig für die Organisation der Metallarbeiter wirkt.

Dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterkongress, der vom 1. bis 6. Juni 1891 in Frankfurt a. M. tagte und die Gründung des Metallarbeiter-Verbandes beschloß, der dann am 1. August des gleichen Jahres seine Tätigkeit aufnahm, waren mehrere ähnliche Veranstaltungen vorausgegangen, die aber nicht zu dem gewünschten Ziele geführt hatten. Auf dem Kongress im Jahre 1888 hatte man sich nur entschlossen, eine Reihe von Vertrauensmännern für die einzelnen Bezirke einzusetzen. Neben dem Vertrauensmann für die Metallarbeiter im allgemeinen gab es von da ab noch je einen für die Schmiede, Kupfer-, Schlosser- und Maschinenbauer und die Schmelzer. Auf dem zweiten Metallarbeiterkongress im Jahre 1890 wurde dieser Zustand belassen und nur noch ein Vertrauensmann für die Feilenhauer eingesetzt.

Am 1. Oktober 1890 das Sozialistengesetz aufgehoben. Die Gewerkschaftskongresse, auf welcher die Einigung der Generalkommission beschlossen wurde, hatte geteilt, so in der Gewerkschaften machte sich ein reges Leben geltend. Auf dem nun nach Frankfurt a. M. berufenen Metallarbeiterkongress stellte die Frage Lokal- oder Zentralverband die erste wichtige Rolle, dagegen wurde heftig über die Vorzüge der Branchen- und der Einheitsorganisationen diskutiert. Die Gründung des Metallarbeiter-Verbandes wurde zwar mit großer Mehrheit beschlossen, aber

es kostete noch erhebliche Mühe, sie wirklich ins Leben zu rufen. Nicht nur der Lokalverband der Berliner Metallarbeiter bestritt seine Selbständigkeit, auch die Berufsverbände der Schmiede, der Schlosser und Maschinenbauer, der Kupferschmiede, der Gold- und Silberarbeiter und der Werkarbeiter lehnten den Anschluß ab. Zum Ueberflus wurde im Oktober 1891 noch ein besonderer Formerverband neu gegründet.

Als Sitz des neuen Verbandes wurde Stuttgart bestimmt. Welche Schwierigkeiten aber noch zu überwinden waren, das erzählt recht anschaulich Alexander Schlichte in der anlässlich des Jubiläums herausgegebenen Festnummer der „Metallarbeiter-Zeitung“. Der neue Verband hatte in Stuttgart keine Mitglieder, denn der dortige Lokalverein wollte selbständig bleiben und nur für die in den Zentralvorstand gewählten Weisiger Beiträge an den Zentralverband zahlen. Die Zeitung des Lokalvereins erklärte sich schließlich bereit, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um zu beweisen, daß die Metallarbeiter für den Anschluß an den Zentralverband nicht zu haben seien. Diese Probe schlug aber für die Einberufer, die sich entgegen ihrer Zusage strengster Neutralität, in der Versammlung sehr entschieden gegen den Zentralverband erklärt hatten, fehl. Von ungefähr 80 Metallarbeitern, die erschienen waren, erklärten 61 ihren Beitritt. So wurde die erste Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes gegründet. Wie in Stuttgart, so bedurfte es noch in vielen anderen Städten harter Kämpfe, um die lokalen Fachvereine zum Anschluß an den Zentralverband zu bewegen.

Diese Zeiten liegen lange hinter uns. Inzwischen haben auch die meisten Berufsverbände der Metallindustrie ihren Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband vollzogen, und dieser hat in bezug auf die Mitgliederzahl alle anderen Verbände weit überflügelt. Anfangs ging auch hier die Entwicklung langsam. Bei der Gründung zählte der Verband etwa 18 000 Mitglieder, Ende 1895 waren es erst 33 189, im Jahre 1896 wurden die 50 000 nahezu erreicht, Ende 1900 war das erste Hunderttausend überschritten, und dann ging es mit Riesenschritten vorwärts, 1905 war das zweite, 1906 das dritte, 1910 das vierte, 1911 das fünfte Hunderttausend überschritten. Der höchste Stand mit 561 547 war im Jahre 1912 erreicht; dann folgte ein kleiner Rückgang, aber bei Kriegsausbruch zählte der Verband noch 531 991 Mitglieder.

Auf die Leistungen des Verbandes zur Unterstützung seiner Mitglieder und zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage brauchen wir nicht näher einzugehen. Sein riesenhaftes Wachstum beweist zur Genüge, daß die Metallarbeiter ihrer Organisation Vertrauen entgegenbringen, und solches Vertrauen erwirbt eine Organisation nur durch entsprechende Leistungen. Wenn aber von den Errungenschaften der Organisation gesprochen wird, dann darf auch ihres Führers gedacht werden, der durch sein Wirken wesentlich zu den Erfolgen beigetragen hat. Mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband feiert auch sein Vorsitzender Alexander Schlichte sein 25jähriges Jubiläum. Bei der Gründung des Verbandes wurde er als Sekretär in den Vorstand gewählt, und wenige Jahre später wurde ihm das verantwortungsvolle Amt des Vorsitzenden übertragen. Was der Verband seither geworden ist, ist gewiß nicht sein Werk allein, aber es bedeutet keine Zurücksetzung der anderen, wenn anlässlich des Jubiläums auf seine Leistungen besonders hingewiesen wird.

Durch den Krieg hat auch der Metallarbeiter-Verband gelitten. Mehr als 300 000 seiner Mitglieder stehen im Felde. Die Zurückgebliebenen sind insofern günstiger gestellt als die Angehörigen vieler anderer Berufe, als der Krieg vielen Zweigen der Metallindustrie Hochkonjunktur gebracht hat. Der Krieg wird nicht ewig währen, hoffentlich hält in nicht ferner Zeit der Friede wieder seinen Einzug. Dann werden, wie an die Gewerkschaften überhaupt, so auch an den Metallarbeiter-Verband neue Aufgaben heranreten. Wir zweifeln nicht daran, daß er dann die erlittenen Mitgliederverluste bald reichlich wettgemacht haben wird, und wir sind überzeugt, daß er nach wie vor sich als starker Hort der Arbeiter in der Metallindustrie bewähren wird. Daß es ihm gelingen möge, die Zwecke, die er verfolgt, möglichst vollständig zu erreichen, das sei unser Glückwunsch zu seinem Jubiläum.

Soziales.

Kriegsteilnehmer und Ersatzrentenaffen.

Bekanntlich sind die Mitglieder der Krankenlassen (Orts-, Land-, Betriebs- und Jannungsrentenaffen) berechtigt, wenn sie zum Heeresdienst einberufen werden, ihre Mitgliedschaft fortzusetzen. Sie sichern sich dadurch das Anrecht auf die Leistung der Kasse auch während des Heeresdienstes. Ungünstiger waren die Mitglieder der Ersatzrentenaffen gestellt, wenn diese in ihrem Statut die Bestimmung haben, daß die Mitgliedschaft beim Eintritt in das Heer erlischt oder während der Dienstzeit ruht. Durch eine Bundesratsverordnung vom 5. Juli wird hier ein Ausgleich geschaffen.

Hiernach müssen die Ersatzrentenaffen die Weiterversicherung ihrer Mitglieder während deren Dienstzeit zulassen, wenn diese bis Dienstentritt Mitglied der Kasse waren und den Antrag auf Weiterversicherung binnen drei Wochen nach dem Dienstentritt stellen. Die Kasse ist aber berechtigt, das Mitglied bis zur Rückkehr in die Heimat einer niedrigeren Mitgliederklasse zuzuweisen. Die neue Bestimmung hat rückwirkende Kraft insofern, als Heeresangehörige, die ihre Mitgliedschaft verloren haben, binnen drei Monaten nach der Befreiung dieser Bundesratsverordnung, also bis zum 7. Oktober, ihre Weiterversicherung bei der Kasse anmelden können. Mit der ersten Beitragszahlung tritt alsdann die Versicherung wieder in Kraft. Wer von der Berechtigung der Weiterversicherung während des Heeresdienstes keinen Gebrauch macht, kann seine alte Mitgliedschaft fortsetzen, wenn er sich binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat wieder bei der Kasse meldet. Er kann einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden und hat, wenn er krank ist, für die Dauer dieser Krankheit keinen Anspruch auf die Kassenleistung, im übrigen aber gilt dieser Wiederentritt in die Mitgliedschaft nicht als neuer Beitritt. Frühere Mitglieder von Ersatzrentenaffen, die bereits zurückgekehrt sind, können in gleicher Weise die Wiedereinsetzung in

ihre Rechte verlangen. Der Antrag muß aber binnen sechs Wochen nach der Befreiung der Verordnung, also bis zum 18. August, beim Vorstand der Ersatzrentenaffe eingereicht sein.

Keine Gewerbegerichtswahlen. Eine Bundesratsverordnung vom 20. Juli bestimmt, daß die Amtsdauer der Weisiger der Gewerbegerichte und der Kaufmannsgerichte, soweit sie vor dem 31. Dezember 1917 abläuft, bis zu diesem Tage verlängert wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 32. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 39398 Louis Rebe, Tschl., geb. 21. 11. 72 zu Blankenburg.
 - 237395 Christ. Rika, Tschl., geb. 1. 4. 77 zu Kompitten.
 - 352229 Hermann Wittschas, Tschl., geb. 30. 5. 89 zu Seidau.
 - 597797 Johann Güh, Tschl., geb. 30. 11. 67 zu Wlassow.
 - 611007 Peter Mayer, Tschl., geb. 4. 11. 81 zu Bayreuth.
 - 746447 Fern. Eiser, Rahmenn., 21. 12. 78 zu Waltershausen.
- Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Essen. Die letzte Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle hatte auf einen Antrag hin den Punkt „Verbandsangelegenheiten“ auf ihrer Tagesordnung. In der Verhandlung wurde zum Ausdruck gebracht, daß nach nunmehr zwei Kriegsjahren es wohl zweckmäßig wäre, den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, zu den inneren Verbandsangelegenheiten Stellung zu nehmen. Die Kriegsjahre haben eine Reihe von Erscheinungen und Vorgängen ausgelöst, mehr als dies im selben Zeitraum normaler Verhältnisse geschieht, ohne daß eine Stellungnahme der Mitglieder hierzu veranlaßt wurde. Verbandsvorstand, Gauvorsteher und einige Lokalbeamte haben über die Verbandsangelegenheiten Beschlüsse gefaßt, die nicht immer die Zustimmung der Mitglieder gefunden, und da ihnen bisher Gelegenheit zur Information, Aussprache und Mitwirkung nicht gegeben wurde, Mißstimmung erzeugt haben, die dem Gedanken Raum geben, daß auch bei uns an Stelle des Mitbestimmungsrechts die Diktatur treten soll. Den Hinweis auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse sowie das Fehlen desjenigen Teiles der Mitglieder, die im Heeresdienst stehen, womit man bisher die Veranlassung solcher Aussprachen abgelehnt hat, kann die Versammlung nicht als begründet anerkennen. Verlangt man von den Zurückgebliebenen ganz die Einsetzung ihrer Person und Tätigkeit zur Erhaltung der Organisation, so muß man ihnen auch die Möglichkeit geben, an den erforderlichen Beschlüssen mitwirken zu können. Dies um so mehr, als vieles von dem, was heute in die Erscheinung tritt, grundlegend auch für die kommende Zeit sein wird. Da ein Ende des Krieges noch nicht absehbar und die Zeiten normaler Verhältnisse in noch viel weiterer Ferne liegen, ist die Versammlung der Ansicht, daß den Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden soll, zu den Verbandsangelegenheiten Stellung zu nehmen. Um dies zu erreichen, wurde durch Annahme einer Entschließung die Verwaltung der Zahlstelle beauftragt, beim Verbandsvorstand den Antrag auf Einberufung von Gaulonsferenzen zu stellen. Lehnt der Verbandsvorstand dies ab, so soll die Verwaltung sich mit den Zahlstellen des Gaues dieserhalb in Verbindung setzen, damit der Verbandsvorstand veranlaßt wird, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Offenbach. Der Bericht, den wir in Nr. 24 über die Steuerungszulage und das Verhalten der Firma Forster u. Söhne veröffentlicht haben, hat den Christen nicht gefallen. In ihrem Verbandsorgan bringen sie eine Darstellung des Sachverhalts, die ein wenig von der Wahrheit abweicht. Man sucht dort den stehengebliebenen Christen vor dem Verdacht des Streikbruchs zu schützen, dabei ist aber in unserem Bericht von einem Streik gar nicht die Rede. Es ist auch nicht richtig, daß wir ohne Vorwissen der Christen ein Gesuch um Steuerungszulage einreichten. Durch den Bruch des auch mit dem christlichen Verband abgeschlossenen Vertrages und die Ablehnung jeder Verhandlung hat ja die Firma die Einreichung eines Gesuches unmöglich gemacht. Infolge des Vertragsbruchs der Firma legten zehn Kollegen (der christliche Verband will nur sechs zugeben, es waren aber acht Verbandsmitglieder und zwei unorganisierte) die Arbeit nieder. Auch das Mitglied des christlichen Verbandes war von der Sachlage unterrichtet und erklärte seine Bereitwilligkeit, sich sofort — krank zu melden. Die Entschlossenheit, mit welcher der christliche Kollege seine Bereitwilligkeit erklärte (ausgeführt hat er seinen Entschluß bekanntlich nicht), ist auch für sein sonstiges Verhalten bezeichnend. Bemängelt wird aber unsere Taktik, den Betrieb mit Verbandsmitgliedern zu besetzen; als ob wir schon je bei unserer Taktik den Rat der Christen eingeholt hätten. Daß wir richtig gehandelt haben, geht daraus hervor, daß es uns dann gelungen ist, eine Lohnerhöhung durchzudrücken. Allerdings ohne Mitwirkung des Christen, der solche „Unbesonnenheiten“ nicht mitmacht. Dort begnügt man sich damit, an den Erfolgen teilzunehmen, die durch unser Vorgehen erzielt wurden. Es sind brave Menschen, diese Christen, die sich darauf berufen, daß die Arbeitgeber in einer Eignung die Sache als Tarifbruch bezeichnet haben. Sie wissen auch nicht, daß wir die Arbeitgeber gezwungen haben, zu erklären, daß unsererseits kein Vertragsbruch vorliegt. Das betreffende Schriftstück kann bei unserer Verwaltung eingesehen werden.

Lohnbewegungen und Steuerungszulagen.

In Darmstadt erhielten unsere Kollegen, die bei den Mitgliedern des Schutzverbandes arbeiten, seit November v. J. eine Steuerungszulage von 1,70 Mk. pro Woche für verheiratete und 1,20 Mk. für ledige Arbeiter. Die Zeitverhältnisse veranlaßten uns, um Erhöhung dieser Zulage vorstellig zu werden, und unser Bemühen hatte auch Erfolg.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das erste Quartal 1916.

Main financial table with columns for Einnahme (Income) and Ausgabe (Expenditure), subdivided into Hauptkasse (Main Cash) and Zahlstellen (Branches). Includes a summary table below with 'Gesamteinnahme' and 'Gesamtausgabe'.

U b s c h l u ß

Summary table showing 'Gesamteinnahme' (Total Income) and 'Gesamtausgabe' (Total Expenditure) with their respective amounts in Marks and Pfennigs.

Revidiert und für richtig befunden:

Die Revisoren: P. Raulhausen, Karl Lechner, Aug. Manthey.

Am Schlusse des ersten Quartals zählte der Verband 792 Zahlstellen, das sind 14 weniger als im vorausgegangenen vierten Quartal 1915 und 52 weniger als am Schlusse des ersten Quartals des Vorjahres.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 68 917, davon waren 62 324 männliche, 5996 weibliche und 597 jugendliche Mitglieder. 95 697 Mitglieder waren nach den Berichten der Zahlstellen am Schlusse des ersten Quartals zum Heere einberufen.

Der Anteil der Hauptkasse an den Lokalbeiträgen betrug im ersten Quartal 35 913 Mk., an Extrabeiträgen gingen in dem gleichen Zeitraum 19 390 Mk. ein.

Unter den Ausgaben des ersten Quartals steht die Krankenunterstützung mit 102 653 Mk. an erster Stelle, gegenüber dem vierten Quartal ist dieselbe um 16 077 Mk. gestiegen.

Von der Reiseunterstützung entfallen 210 Mk. auf die Aufenthaltsunterstützung, welche an 149 Empfänger ausgezahlt wurde, und zwar an 13 Empfänger je für drei Tage, an 35 Empfänger je für zwei Tage und an 101 Empfänger je für einen Tag.

der Möbelbranche an. Für die Parkettbodenleger fanden zuerst gemeinsame Verhandlungen mit den beiden in Betracht kommenden Fabriken statt, doch dieselben kamen nicht zu einem richtigen Resultat.

Gewerkschaftliches.

Adam Dietrich gestorben.

Mit dem am 22. Juli in Stuttgart verstorbenen Stadtrat und Landtagsabgeordneten Adam Dietrich ist wieder einer aus der älteren Generation der Gewerkschaftsführer aus dem Leben geschieden.

Duisburg 5, Elberfeld 2, Essen 2, Frankfurt a. M. 6, Halle 1, Hannover 6, Königsberg 3, Magdeburg 3, Mannheim 3, Nürnberg 2, Stuttgart 8 Empfänger.

Der Abschluß des Quartals ergibt eine Mehreinnahme von 223 044 Mk., im vorausgegangenen vierten Quartal war eine Mehrausgabe von 41 508 Mk. zu verzeichnen.

Anschließend bringen wir wieder eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Lokalkassen im 1. Quartal 1916.

Table of Einnahmen (Income) for local branches, listing items like 'Kassenbestand vom vierten Quartal 1915', 'Anteil der Lokalkassen an den Verbandsbeiträgen', etc.

Table of Ausgaben (Expenditure) for local branches, listing items like 'Lokalunterstützung an Reisende', 'Arbeitslose', 'Streikende', etc.

Rassenbestand für das zweite Quartal 1916: Angelegt 1 042 739,09 Mk. In bar 365 916,14 „ Summa 1 408 655,23

Berlin, den 25. Juli 1916. Summa 1 664 967,87 Der Vorstand.

in der vorsozialistengesehlichen Gewerkschaft der Buchbinder, an deren Gründung er beteiligt war, hat er hervorragende Vertrauensposten bekleidet. Nach der Auflösung dieser Organisation bemühte er sich, seine Berufsgenossen zunächst in lokalen Fachvereinen zu sammeln.

Fürsorge für die Arbeiter in der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Der eingetretene Mangel an Rohstoffen hat die Regierung gezwungen, in verschiedenen Gewerben die Produktion einzuschränken, um dadurch eine Streckung der Vorräte zu erzielen.

